



Die
Bundesregierung



INTERNATIONAL
CLIMATE
INITIATIVE

Ideenwettbewerb der Internationalen Klimaschutzinitiative

Information für **Durchführungsorganisationen des Bundes**
zur Auswahl von Projekten im Rahmen des

IKI - Ländercall Kolumbien 2024

Veröffentlicht: 29.05.2024
Aktualisiert: 18.07.2024 ([Link](#), s. 23)

Inhaltsverzeichnis

1	Abkürzungsverzeichnis	2
2	Wichtiger Hinweis.....	4
3	Vorwort.....	5
4	Ziele des Ländercalls der IKI.....	6
5	Themenschwerpunkte	7
5.1	Themenschwerpunkt 1: Ausbau der erneuerbaren Energien und wirtschaftliche Diversifizierung für einen gerechten Kohleausstieg.....	7
5.2	Themenschwerpunkt 2: Wiederherstellung auf Landschaftsebene als wirtschaftliche und multifunktionale naturbasierte Lösung für den Frieden	10
6	Durchführungsorganisationen.....	13
6.1	Anforderungen an das Konsortium	13
6.2	Anforderungen an alle Durchführungsorganisationen	14
6.3	Besondere Anforderungen an die Hauptdurchführungsorganisation	14
7	Umfang und Höhe der IKI-Finanzierung	15
8	Sonstige Bestimmungen	16
9	Verfahren.....	18
9.1	Vorlage von Projektskizzen und Online Seminar.....	18
9.2	Skizzenphase.....	18
9.3	Auswahl und Beauftragung	18
9.4	Projektträgerschaft.....	19
10	Formale und fachliche Anforderungen an die Projektskizze.....	21
10.1	Voraussetzungen für die Zusammenarbeit mit Kolumbien.....	21
10.2	Fachliche Anforderungen an die Projektskizzen	21
10.3	Kontakt Projektträgerin.....	25
	Annex 1: IKI-Auswahlkriterien.....	26
	Annex 2: Kooperationsvereinbarung	30
	Annex 3: Einstufung als „lokale“ Organisationen	31
	Annex 4: Umgang mit Emissionsminderungsgutschriften in der IKI	32

1 Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
ANBest-P	Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung
BHO	Bundeshaushaltsordnung
BMUV	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
B2B	Von Geschäft zu Geschäft (Business-to-business)
CBAM	Carbon Border Adjustment Mechanism (EU-Grenzausgleichsmechanismus)
CBD	Übereinkommen über die biologische Vielfalt
CORSIA	Carbon Offsetting and Reduction Scheme for International Aviation (Kohlenstoffausgleichs- und -reduzierungsstystem für den internationalen Luftverkehr)
DAC	OECD Development Assistance Committee (OECD-Entwicklungsausschuss)
GBF	Globaler Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal
IATI	International Aid Transparency Initiative
IFC	International Finance Corporation
IKI	Internationale Klimaschutzinitiative
IPLCs	Indigene Völker und lokale Gemeinschaften
JET	gerechte Energiewende (Just Energy Transition)
LOI	Absichtserklärung (Letter of Intent)
LTS	Langzeitstrategien
MEZ	Mitteleuropäische Zeit
MRV	Monitoring, reporting and verification (Messen, Bericht erstatten und verifizieren)
NAPs	Nationale Anpassungspläne
NbS	Nature-based Solutions (naturbasierte Ansätze)
NBSAPs	Nationalen Strategien und Aktionspläne zur biologischen Vielfalt
NDCs	National festgelegte Klimaschutzbeiträge
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OECMs	Räumlich abgegrenzte Bereiche, die noch nicht als Schutzgebiet ausgewiesen wurden
SDGs	Sustainable Development Goals
THG	Treibhausgase
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change

ÜvP	Übereinkommen von Paris
VV	Verwaltungsvorschriften
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
ZUG	Zukunft – Umwelt – Gesellschaft gGmbH

2 Wichtiger Hinweis

Der Förderung oder Beauftragung im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) ist ein Ideenwettbewerb vorgeschaltet. Die Teilnahme am Ideenwettbewerb steht sowohl potentiellen deutschen und internationalen Zuwendungsempfängern, als auch potentiellen Auftragnehmenden in Form von Durchführungsorganisationen des Bundes offen.

Projekte von Organisationen aus dem In- und Ausland werden grundsätzlich durch Zuwendungen gefördert. Für diese deutschen und internationalen Zuwendungsempfänger gilt die [Förderbekanntmachung](#). Zusätzliche Bedarfe des Bundes bei der Umsetzung von Maßnahmen zum internationalen Klima- und Biodiversitätsschutz können über Aufträge abgedeckt werden.

Dieses Dokument richtet sich ausschließlich an Durchführungsorganisationen des Bundes.

3 Vorwort

Kolumbien und Deutschland arbeiten seit der Festlegung der Schwerpunktländer in der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) eng zusammen. Für eine bilaterale Zusammenarbeit bietet die IKI neben den sogenannten Schnittstellenvorhaben die Möglichkeit eines bilateralen IKI-Ländercalls in den Schwerpunktländern. IKI-Ländercalls haben zum Ziel, das IKI-Portfolio im jeweiligen Schwerpunktland weiterzuentwickeln. Im Rahmen des Ländercall-Prozesses erarbeiten die deutschen IKI-Ministerien in enger Zusammenarbeit mit der Partnerregierung thematische länderspezifische Prioritäten. Diese Prioritäten leiten sich aus dem Pariser Klimaschutzabkommen und dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) ab und bilden die Grundlage für die Auswahl bilateraler Projekte.

Mit Kolumbien gab es bereits 2017/18 einen ersten IKI-Ländercall, bei dem erfolgreich zwei Projekte zu den Themen Anpassung und Biodiversität in Höhe von je 15 Mio. EUR ausgewählt wurden. Der geplante zweite bilaterale IKI-Ländercall für Kolumbien wird zur Umsetzung der „Partnerschaft für Klima und eine gerechte Energiewende“ beitragen, die am 16. Juni 2023 zwischen Kolumbien und Deutschland unterzeichnet wurde. Mit dieser Partnerschaft soll ein Rahmen für die zukünftige strategische Zusammenarbeit in ausgewählten Bereichen zwischen den beiden Ländern geschaffen werden.

Die Partnerschaft fokussiert sich im Förderbereich THG-Minderung auf die Unterstützung bei der partizipativen Umsetzung der kolumbianischen Just Energy Transition (JET) Roadmap für eine gerechte soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Im Förderbereich Anpassung an den Klimawandel und Biodiversitätsschutz stehen folgende Themen im Fokus: Nachhaltige und resiliente Stadtentwicklung; Wald/Landnutzung im Kontext von Landwirtschaft und Ernährung; Biodiversität mit Schwerpunkten auf Klima- und Biodiversitätsfinanzierung und dem Schutz und der nachhaltigen Nutzung der Biodiversität und Umwelt für die nachhaltige Unterstützung des kolumbianischen Friedensprozesses.

Der IKI-Ländercall Kolumbien trägt zu den Zielen der Partnerschaft bei. Es werden zwei Projekte im Umfang von zusammen 40 - 50 Mio. EUR gesucht, die sich mit den folgenden beiden Themenschwerpunkten befassen: Gerechte Energiewende sowie Wiederherstellung auf Landschaftsebene als wirtschaftliche und multifunktionale naturbasierte Lösung für den Frieden.

Auf deutscher Seite ist die IKI seit 2022 im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) angesiedelt und wird gemeinsam mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) und dem Auswärtigen Amt (AA) umgesetzt.

4 Ziele des Ländercalls der IKI

Mit der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) erfüllt Deutschland einen Teil seiner finanziellen Verpflichtungen aus der Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC) und dem Übereinkommen von Paris (ÜvP - beschlossen mit "Gesetz zu dem Übereinkommen von Paris vom 12. Dezember 2015" vom 28. September 2016) sowie aus dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD) mit dem Globalen Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal (GBF).

Die IKI ist ein zentraler Baustein Deutschlands zur internationalen Finanzierung von Maßnahmen für den Klimaschutz, die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels und den Erhalt der Biodiversität in Schwellen- und Entwicklungsländern. Um das Ziel zu erreichen, die Erderwärmung auf 1,5° Celsius zu begrenzen, müssen alle Länder der Welt eine Transformation hin zu Treibhausgas-neutralen Gesellschaften erreichen. Die Entwicklungsländer benötigen hierfür massive Unterstützung durch die Industrieländer. Mit der IKI werden deshalb Entwicklungs- und Schwellenländer gezielt dabei unterstützt, die Transformation hin zu einer biodiversitätsfreundlichen, treibhausgasneutralen Wirtschaft zu erreichen. Kernstück der IKI ist es, einen Beitrag zur Umsetzung und Weiterentwicklung der national festgelegten Klimaschutzbeiträge (Nationally Determined Contributions, NDCs), der Nationalen Anpassungspläne (National Adaptation Plans, NAPs) sowie der Nationalen Strategien und Aktionspläne zur biologischen Vielfalt (National Biodiversity Strategies and Action Plans, NBSAPs) zu leisten.

Mit der systematischen Integration einer Genderdimension in alle Arbeitsbereiche, Prozesse und das Projektmanagement erfüllt die IKI nationale und internationale Verpflichtungen. Dazu gehören die Agenda 2030 mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung sowie bspw. die Genderaktionspläne der Klimarahmenkonvention (UNFCCC, Enhanced Lima Work Programme on Gender) und des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD, Gender Plan of Action). Zusätzlich orientiert sich die IKI am Übereinkommen von Paris, welches die Beitragsstaaten dazu auffordert, sich bei allen Klimaschutzmaßnahmen für Geschlechtergerechtigkeit und „Empowerment“ von Frauen einzusetzen.

Die IKI finanziert über das Instrument Ländercall vorrangig großvolumige Projekte, um die Transformation hin zu einer nachhaltigen, biodiversitätsfreundlichen und emissionsarmen Wirtschafts- und Versorgungsstruktur zu beschleunigen. Dabei werden insbesondere folgende übergeordnete Ziele verfolgt:

- Der rechtliche Rahmen auf nationaler und subnationaler Ebene in Partnerländern ist so gestaltet, dass er sektorenübergreifend Emissionsminderung, Anpassung und Biodiversitätsschutz und dessen Umsetzung stärkt.
- Die Regierungen von IKI-Schwerpunktländern haben eine angemessene Ambitionssteigerung von Klima- und Biodiversitätsbeiträgen in NDCs, NAPs, NBSAPs und/oder Langzeitstrategien (Long-term strategies, LTS) vorgenommen.
- Die IKI leistet mittelfristige Beiträge zur direkten und indirekten Emissionsminderung in den IKI-Schwerpunktländern.
- Vom Klimawandel betroffene Menschen in IKI-Schwerpunktländern werden bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels unterstützt.
- Ökosysteme in IKI-Schwerpunktländern, einschließlich Küsten und Meeresgebiete, unterliegen verbesserten Schutzpraktiken und nachhaltiger Nutzung.
- Die IKI hebelt ein Mehrfaches ihrer investierten Gelder für die Finanzierung von Klima- und Biodiversitätsmaßnahmen – aus dem öffentlichen und dem privaten Sektor.

Unter Berücksichtigung der oben genannten übergeordneten Ziele adressieren die Projekte konkret benannte Hemmnisse bei der Umsetzung der NDCs, NAPs, sowie der NBSAPs der Partnerländer.

5 Themenschwerpunkte

Die IKI finanziert Klima-, Anpassungs- und Biodiversitätsprojekte ausschließlich in ODA¹-fähigen Ländern. Finanziert werden Projekte, die Ansätze auf mehreren Ebenen verfolgen und vor allem konkret aufzeigen, wie Klimaschutz, Anpassung und Biodiversitätserhalt in der Praxis umgesetzt werden (u.a. durch Politikberatung, Kapazitätsaufbau, Technologiekooperation sowie Investitionen und vor allem durch Implementierung vor Ort).

In diesem Ländercall werden aktuelle Herausforderungen des IKI Schwerpunktlandes Kolumbien im Klimaschutz, im Bereich Anpassung und beim Biodiversitätserhalt adressiert. Für diese Herausforderungen werden unten genannte Themenschwerpunkte mit den jeweiligen Zielsetzungen festgesetzt, für die Projektskizzen eingereicht werden können.

Voraussetzung für eine Finanzierung durch die IKI ist unter anderem, dass eine Projektskizze zu einem der nachfolgenden zwei Themenschwerpunkte eingereicht wird und diese einen Beitrag zur Erreichung der jeweiligen Ziele des Themenschwerpunktes leistet. Die Themenschwerpunkte fallen jeweils in den Zuständigkeitsbereich der Bundesministerien BMWK oder BMUV.

5.1 Themenschwerpunkt 1: Ausbau der erneuerbaren Energien und wirtschaftliche Diversifizierung für einen gerechten Kohleausstieg

IKI-Fördervolumen: Min. 20 Mio. EUR bis max. 25 Mio. EUR

Zuständiges Bundesministerium: BMWK

Ausgangssituation

Die Diversifizierung des kolumbianischen Energiemixes und der von fossilen Brennstoffen abhängigen Wirtschaft ist für das Land von entscheidender Bedeutung, um seine internationalen Klimaziele zu erreichen. Zu diesem Zweck sind der schrittweise Ausstieg aus der Kohleverstromung, die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien sowie die Förderung eines starken Produktionssektors und einer stärker diversifizierten Wirtschaft, insbesondere in den Kohleabbauregionen, von größter Bedeutung.

Die kolumbianische Regierung hat erste Schritte für eine Umstellung der Kohleförderung und -verstromung eingeleitet. Diese Anlagen (d.h. Kraftwerke, Bergwerke, Eisenbahnen, Häfen, etc.) bieten eine beträchtliche Anzahl von Arbeitsplätzen, Steuereinnahmen und eine zuverlässige Energiequelle, insbesondere in den Trockenzeiten, die durch den Klimawandel noch extremer und häufiger werden. Gleichzeitig tragen jedoch Kohleförderung, -umwandlung und -nutzung erheblich zu den Treibhausgas(THG)-Emissionen des Landes bei.

Für einen sozial gerechten, umweltfreundlichen und wirtschaftlich sinnvollen Ausstieg aus der Kohle ist es von entscheidender Bedeutung, den Ausbau der erneuerbaren Energien, die Bemühungen um eine Diversifizierung der Wirtschaft und die Notwendigkeit von Umschulungs- und Wirtschaftsförderungsmaßnahmen zur Erhöhung der sozialen Akzeptanz miteinander zu verbinden. Dies stellt Gemeinden, private und öffentliche Akteure gleichermaßen vor eine Vielzahl von Herausforderungen. Daher sind innovative Ansätze erforderlich, um den sozial gerechten Ausstieg aus der Kohle und den Übergang hin zu einem auf erneuerbaren Energien basierenden Energiemix in Kolumbien zu beschleunigen. Dies gilt insbesondere für die drei Departements an der kolumbianischen Karibikküste (Córdoba, Cesar und Guajira). Dort befinden sich staatliche Kohlekraftwerke und somit ein großes Potenzial für den Ausbau von Solarenergie sowie die

¹ ODA (Official Development Assistance) ist eine im OECD-Entwicklungsausschuss (DAC) vereinbarte und international anerkannte Messgröße zur Erfassung öffentlicher Entwicklungsleistungen. ODA anrechenbar sind nur Leistungen an Länder, die in der [DAC-Länderliste](#) aufgeführt sind. Die Länderliste wird regelmäßig vom DAC überarbeitet.

Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Energiewende auf die Bevölkerung, die von der exportorientierten Kohleförderung betroffen ist. Dies ist ebenso von Bedeutung in den drei Departments der Andenregion (Boyacá, Cundinamarca und Norte de Santander), in denen der höchste Kohleverbrauch und die meisten Arbeitsplätze im Kohlebergbau zu finden sind.

Angestrebte Wirkungen des gesuchten Projektes

Das gesuchte Projekt sollte zu folgendem übergeordneten Ziel beitragen:

Ein beschleunigter und sozial gerechter Ausstieg aus der Kohleinfrastruktur, der zu einer Verringerung der THG-Emissionen im Energiesektor führt sowie ein gerechter Übergang zu einer auf erneuerbaren Energien basierenden Energiematrix mit erheblichen sozioökonomischen Vorteilen für die lokale Bevölkerung, einschließlich des Aufbaus von Kapazitäten, mit einem Schwerpunkt auf wirtschaftlicher Diversifizierung und Reindustrialisierung, die die Umsetzung nachhaltiger Energieprojekte vorantreiben.

Das gesuchte Projekt soll dazu auf die folgenden spezifischen Ziele hinwirken:

- Entwicklung und Finanzierung von konkreten Aktivitäten und Pilotprojekten in prioritären Bereichen (z.B. Energiegemeinschaften, Projekte zur wirtschaftlichen Diversifizierung und Reindustrialisierung, Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitskräfte, Projekte zur Umwandlung von Kohle in klimaneutrale und biodiversitätsfreundliche Energieträger im Industriesektor).
- Erleichterung des Zugangs zur Finanzierung und Mobilisierung von öffentlichem und privatem Kapital für JET und dem Ausbau erneuerbarer Energien durch Unterstützung der Entwicklung geeigneter finanzieller Rahmenbedingungen und innovativer Finanzinstrumente, einer Pipeline von Projekten für erneuerbare Energien mit Schwerpunkt auf Energiegemeinschaften², Subventionen und Anreize zur Mobilisierung von Investitionen des Privatsektors und der Marktinfrastruktur sowie Aufbau oder Stärkung lokaler Kapazitäten.
- Ermöglichung der Einführung von Energiegemeinschaften als wichtiges gesellschaftlich akzeptiertes Modell für den Einsatz erneuerbarer Energien durch die Stärkung lokaler und institutioneller Kapazitäten, die Schaffung technologischer Instrumente (z.B. Big-Data-Analyse, Webanwendungen usw.) und die Zusammenarbeit mit öffentlichen, privaten und/oder Akteuren aus lokalen Gemeinschaften.
- Aufbau von Kapazitäten, Umschulung, Weiterbildung, Sensibilisierung und Schaffung von lokaler Akzeptanz für erneuerbare Energien und den Kohleausstieg bei relevanten Akteuren und den für ehrgeizige Klimaschutzmaßnahmen und die Klimafinanzierung vorrangig in Frage kommenden Gemeinden (z. B. Energiegemeinschaften, Übergang zu neuen nachhaltigen Existenzgrundlagen sowie Messung, Berichterstattung und Überprüfung / MRV) durch neue Studienmöglichkeiten und zertifizierte Kurse.
- Analyse, Stärkung und Weiterentwicklung politischer, regulatorischer und finanzieller Rahmenbedingungen, partizipative wissenschaftlich fundierte Studien, Pfade, Roadmaps, Geschäfts- und Finanzmodelle, innovative Ansätze für die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor bei gemeinsamen Herausforderungen sowie angewandter Forschung zu Energielösungen.
- Erleichterung der Vernetzung, der Wissensgenerierung, des Austauschs und des Peer-Learnings zwischen technischen Expert*innen aus dem privaten, halb-öffentlichen und

² Energiegemeinschaften im Sinne des Dekrets 2236/2023.

öffentlichen Sektor durch Süd-Süd-Kooperation und durch das Einbringen deutscher Erfahrungen (Business-to-Business / B2B).

- Stärkung lokaler Gemeinschaften, Gewerkschaften und ethnischer Akteure (z. B. Indigene oder Afrokolumbianer*innen) und ihrer Initiativen für eine gerechte Energiewende (JET) sowie wirtschaftliche Diversifizierung, einschließlich gendertransformativer Aktivitäten, der Einbeziehung gefährdeter Bevölkerungsgruppen, wie Jugendlicher und Frauen, und die Sicherung von Arbeitsplätzen sowie die Bereitstellung von sozialen Schulungen für die Entwicklung und Nachhaltigkeit von Energiegemeinschaften.

Mögliche Zielgruppen / Sektoren des Projektes

- Nationale und subnationale Regierungseinrichtungen
- Öffentliche und private Unternehmen im Bereich der Kohleinfrastruktur (z.B. Bergwerke, Kraftwerke, Häfen, Endverbrauchergeräte, usw.)
- Stromnetzbetreiber
- Direkt und indirekt Beschäftigte, die mit der Kesselkohle-Wertschöpfungskette verbunden sind.
- Industrie- und Energieunternehmen, Industrieverbände, Handelskammern (Technologieanbieter und Projektentwickler)
- Finanzinstitutionen (öffentliche oder private)
- Forschungsinstitute, Think Tanks und Universitäten
- Soziale Organisationen (z.B. Gewerkschaften, Frauenorganisationen, indigene und afrokolumbianische Organisationen und NGOs).

Projektkomponenten / Inhalt des Projektes

Das geplante Projekt sollte aus mehreren Komponenten bestehen, um die Beschleunigung eines sozial gerechten Ausstiegs aus der Kohleinfrastruktur sowie den Ausbau erneuerbarer Energien im Einklang mit der kolumbianischen Klimapolitik sowie Plänen zur Minderung der THG-Emissionen und zur Steigerung von Privatsektor-Investitionen zu unterstützen. Der Großteil der Projektmittel sollte für Komponenten verwendet werden, die Zugang zu und Mobilisierung von Klimafinanzierungsmitteln erleichtern, wie auch die Entwicklung und Umsetzung von Pilotmaßnahmen, innovativen Ansätzen, Roadmaps und Geschäftsmodellen für den Ausstieg aus der Kohle und den Ausbau der erneuerbaren Energien fördern. Bei der Pilotierung von Aktivitäten sollten alle relevanten Safeguards berücksichtigt werden, um unerwünschte soziale und ökologische Auswirkungen zu vermeiden. Die anderen Projektkomponenten sollten sich auf die Stärkung der Rahmenbedingungen konzentrieren, einschließlich Politikberatung und Reformen, der Einbindung von privatwirtschaftlichen Akteuren, der Stärkung lokaler Gemeinschaften und nichtstaatlicher Akteure, der Förderung von Vernetzungsaktivitäten und der Umsetzung von Kapazitätsentwicklung sowie des Wissens- und Lerntransfers für relevante Akteure. Das Projekt sollte sich mit bestehenden globalen, regionalen und vor allem landesinternen Initiativen und Projekten zum Kohleausstieg, zum Ausbau erneuerbarer Energien und zur Unterstützung von Energiegemeinschaften koordinieren und Wissen austauschen. Insbesondere sollte das Projekt auf das kolumbianische Programm "Energiegemeinschaften" als zentraler Säule einer sozial unterstützten gerechten Energiewende abgestimmt werden.

Wichtiger Hinweis: Es sollte sichergestellt werden, dass die Projektskizze das Projekt "Sustainable Power and Resilience for Colombia's Energy Communities", das im Rahmen der Mitigation Action Facility vorbereitet wird, ergänzt, jedoch nicht dupliziert. Nähere Informationen über das Projekt sind [hier](#) zu finden.

Geographischer Fokus

Das geplante Projekt ist bilateral angelegt und wird in den folgenden kolumbianischen Departements durchgeführt: Córdoba, Cesar, Guajira, Boyacá, Cundinamarca und Norte de Santander.

5.2 Themenschwerpunkt 2: Wiederherstellung auf Landschaftsebene als wirtschaftliche und multifunktionale naturbasierte Lösung für den Frieden

IKI-Fördervolumen: Min. 20 Mio. EUR bis max. 25 Mio. EUR

Zuständiges Bundesministerium: BMUV

Ausgangssituation

Kolumbien gehört zu den Ländern mit der größten biologischen Vielfalt der Welt. Die biologische Vielfalt trägt wesentlich zur Regulierung des Klima- und Wasserkreislaufs, zur Widerstandsfähigkeit der Ökosysteme sowie zum naturbasierten Reichtum des Landes bei. Sie bietet insgesamt ein hohes Anpassungspotenzial an die negativen Auswirkungen des Klimawandels.

Nach Jahrzehntelangen bewaffneten Konflikten hat sich Kolumbien auf den Weg gemacht, um einen nachhaltigen und dauerhaften Frieden für alle zu verwirklichen. Gesunde und widerstandsfähige Ökosysteme gelten als Eckpfeiler dieses Prozesses. Biodiversitätsfördernde Wirtschaftssysteme und naturbasierte Lösungen (nature based solutions, NbS) können den Umweltschutz gewährleisten und die Wiederherstellung von Ökosystemen fördern, während sie gleichzeitig Armut verringern, die soziale Kluft verringern und damit verbundene sozio-ökologische Spannungen und Konflikte abbauen. Die fortlaufend hohen Raten der Entwaldung und der Zerstörung von Ökosystemen in Verbindung mit menschlichen Aktivitäten in Kolumbien unterstreichen die dringende Notwendigkeit, sich auf Strategien zu einigen, die sowohl die Umwelt, als auch das Wohlergehen derjenigen schützen, die am stärksten vom Klimawandel bedroht sind.

Von der Klimakrise und den Jahrzehntelangen bewaffneten Konflikten sind bis heute Frauen, Mädchen, die ländliche Bevölkerung, Bauern und Bäuerinnen, indigene Gemeinschaften, Afrokolumbianer*innen, Opfer und ehemalige Kämpfer*innen unverhältnismäßig stark betroffen, was ihre Vulnerabilität, Armut und ihre Exposition gegenüber illegalen Wirtschaftszweigen und die Verwicklung in die verbleibende Konfliktdynamik erhöht. Der Schutz und die nachhaltige Bewirtschaftung der kolumbianischen Ökosysteme sind nicht nur für die lokale Artenvielfalt und die enge Verbindung zum laufenden Friedensprozess von entscheidender Bedeutung, sondern spielen auch eine Schlüsselrolle für die globale Klimastabilität. Daher wurden die Ziele im Bereich der biologischen Vielfalt auf nationaler Ebene als vorrangig eingestuft und sind Gegenstand intensiver bilateraler und internationaler Kooperationsbemühungen.

Angestrebte Wirkungen des gesuchten Projektes

Das gesuchte Projekt sollte zu folgendem übergeordneten Ziel beitragen:

Der Friedensprozess in Kolumbien wird durch funktionale Landschaften, gesunde und widerstandsfähige Ökosysteme katalysiert, die den Gemeinschaften, insbesondere den am meisten gefährdeten, die erforderlichen Ressourcen und kritischen Ökosystemleistungen für gesunde und verbesserte Lebensbedingungen bieten.

Das gesuchte Projekt sollte zu folgendem übergeordneten Ziel beitragen:

- Die in der nationalen Wiederherstellungsstrategie Kolumbiens dargelegten Komponenten sind ein Katalysator für den Friedensprozess in Kolumbien, der den Übergang zu funktionalen Landschaften und widerstandsfähigen Ökosystemen ermöglicht. Diese stellen wichtige Ressourcen und kritische Ökosystemleistungen bereit, insbesondere für vulnerable Gemeinschaften, und verbessern so deren Wohlbefinden und Lebensbedingungen. Die Einbeziehung von Interessengruppen, landschaftsbezogene

Ansätze und eine umfassende Zusammenarbeit zwischen Regierungsbehörden, lokalen Gemeinschaften, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen des Privatsektors spiegeln einen ganzheitlichen Ansatz für eine nachhaltige Entwicklung wider, der ökologische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Dimensionen einbezieht.

- Die im Rahmen des Projekts entwickelten biodiversitätsfördernden Wirtschaftssysteme, gemeindebasierten Erhaltungsprozesse und die Wiederherstellung funktionaler Landschaften (z. B. durch NbS), sind auf die Erfüllung der nationalen Klima- und Biodiversitätszielen Kolumbiens ausgerichtet.

Das Projekt kann auch auf die folgenden spezifischen Ziele hinarbeiten:

- Konsolidierung der Erhaltung, Wiederherstellung und nachhaltiger Nutzung der biologischen Vielfalt zur Verbesserung der Lebensbedingungen indigener Völker und lokaler Gemeinschaften durch ganzheitliche und nachhaltige langfristige Ansätze (z. B. Bauernreservate, Konzepte zur Wiederherstellung von Waldlandschaften usw.).
- Anwendung partizipatorischer Ansätze zur Entwicklung und Unterstützung gemeinschaftlicher und biodiversitätsfördernder Wirtschaftssysteme, wie z. B. nachhaltige und biodiverse Produktionssysteme, Ökotourismus, nachhaltige und biodiversitätsfördernd Agroforstwirtschaft, integrierte Landwirtschaft, Nichtholz-Waldprodukte, nachhaltige Aquakultur. Dazu gehören Biodiversitätsschutz durch lokale Gemeinschaften, Wiederherstellung, und Bewirtschaftung durch Bioökonomien, die die biologische Vielfalt fördern und tragfähige wirtschaftliche Möglichkeiten bieten. Dazu gehört die frühzeitige Einbeziehung relevanter Gruppen in Entscheidungsprozesse, insbesondere vulnerabler oder betroffener Gruppen wie Frauen, Mädchen, die Landbevölkerung, Bauern und Bäuerinnen, indigene Gruppen, Afrokolumbianer*innen, Opfer von Konflikten und ehemalige Kämpfer*innen.
- Stärkung der organisatorischen, technischen, rechtlichen und finanziellen Kapazitäten von Graswurzelorganisationen, um Wiederherstellung von Landschaften und biodiversitätsfördernde Wirtschaftssysteme voranzutreiben.
- Vorrangige Berücksichtigung des Wassermanagements und des Schutzes von Wassereinzugsgebieten im Rahmen des Nationalen Entwicklungsplans sowie Schutz und Wiederherstellung der natürlichen Infrastruktur in Flächennutzungs- und Bewirtschaftungsplänen.
- Anpassung, Entwicklung und Umsetzung von NbS-Maßnahmen zur Wiederherstellung der ökologischen Integrität in Schutzgebieten und Pufferzonen, anderen wirksamen gebietsbezogenen Erhaltungsmaßnahmen (other effective area-based conservation measures, OECM) und Korridoren der biologischen Vielfalt.
- Mobilisierung öffentlicher und privater Mittel für die Erhaltung, Wiederherstellung und nachhaltige Nutzung biologischer Vielfalt und dem Klimaschutz sowie Anreize für die Gemeinschaft zur Wiederherstellung von Ökosystemen und zur Entwicklung einer auf der biologischen Vielfalt basierenden Wirtschaft.

Möglicher Beitrag des Projekts zur Geschlechtergerechtigkeit:

- Alle IKI-Projekte müssen zumindest eine Gender-Perspektive aufweisen. Es ist besonders zu begrüßen, wenn im Rahmen des Projekts explizite Ziele der Geschlechtergerechtigkeit verfolgt und in der Wirkungslogik auf der Output- und (ggf.) Outcome-Ebene sichtbar werden.
- Das Projekt sollte die Beteiligung aller Geschlechter, insbesondere von Mädchen und Frauen, an allen Projektaktivitäten aktiv fördern und die Formate an die Bedürfnisse und Kapazitäten der Teilnehmenden anpassen. Um Gender Mainstreaming zu erreichen, sollte das Projekt Aktivitäten beinhalten, die die Führungserfahrung von Frauen, deren Vernetzung, (Selbst-) Ermächtigung, Konfliktmanagement und strategische Kommunikation fördern.

- Frauen, Mädchen und andere marginalisierte Gruppen haben unverhältnismäßig stark unter den vergangenen und aktuellen bewaffneten Konflikten in Kolumbien gelitten. Die Projektaktivitäten sollten einen gender-responsiven oder -transformativen Ansatz haben, um die erhöhte wirtschaftliche und soziale Vulnerabilität zu kompensieren und an die besonderen Bedürfnisse und Belastungen von Frauen mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Rollen angepasst werden.

Mögliche Zielgruppen / Sektoren des Projektes

- Nationale und subnationale Regierungen
- Lokale Gemeinschaften und ihre Vertreter
- Forschungseinrichtungen, Think Tanks und Universitäten
- Öffentliche und private Akteure für die Finanzierung der biologischen Vielfalt
- Vulnerable Gemeinschaften und marginalisierte Gruppen
- Indigene Völker und lokale Gemeinschaften (traditionelles Wissen)

Projektkomponenten / Inhalt des Projektes

Die Hauptkomponenten des Projekts sollten die Einbindung der Interessengruppen, den Kapazitätsaufbau sowie Initiativen zur Verbesserung der Lebensbedingungen und zur Entwicklung nachhaltiger Lebensgrundlagen für gefährdete Gemeinschaften durch naturbasierte Lösungen (NbS) und biodiversitätsfördernde Wirtschaftssysteme umfassen. Kapazitätsaufbauende Maßnahmen können lokale Einwohner*innen in der Planung, Durchführung und dem Monitoring von NbS-Projekten stärken und somit ihre Führungsrolle innerhalb der lokalen Gemeinschaft fördern. Biodiversitätsfreundliche Möglichkeiten für Wirtschaftsaktivitäten, wie z.B. nachhaltige Agroforstwirtschaft, Ökotourismus und die Ernte von Nichtholz-Waldprodukten, könnten zur Armutsreduktion und der Überbrückung der sozialen Kluft beitragen.

Gemischte Nutzungspläne und Naturschutzmaßnahmen, einschließlich Reservate für Bauern und Bäuerinnen und gemeindebasierte Initiativen, könnten zusätzlich zu den übergreifenden Zielen des Projekts beitragen. Die Sicherstellung von gerechten Zugängen zu natürlichen Ressourcen trägt zur Reduzierung von Ressourcenkonflikten bei. Dabei kann die Zusammenarbeit mit NGOs, Regierungsbehörden und Unternehmen Ressourcen für eine effektive Umsetzung mobilisieren. Die Wiederherstellung von Landschaften, geleitet durch lokales, indigenes und traditionelles Wissen, kann den Zustand der Umwelt insgesamt langfristig verbessern. Die Ausrichtung von NbS auf die Gesundheit und das Wohlergehen der lokalen Gemeinschaften kann den Nutzen des Projekts noch verstärken. Politischer Dialog und partizipatorische Ansätze mit einem Schwerpunkt auf Geschlechtergerechtigkeit könnten eine ganzheitliche nachhaltige Entwicklung gewährleisten. Die Aktivitäten sollten mit den kolumbianischen Klima- und Biodiversitätszielen in Einklang gebracht werden und die Resilienz gegenüber dem Klimawandel fördern.

Die Festlegung von Agenden, Maßnahmen und Ressourcen wird die Entwicklung umfassender Prozesse zur Wiederherstellung von Landschaften ermöglichen. Diese Prozesse basieren auf der konzentrierten Definition von Nutzungsmöglichkeiten und Mechanismen zur gemeinsamen Bewirtschaftung von Ökosystemen. Die Zielsetzung ist hierbei territoriale Planungsvereinbarungen rund um den Wasserkreislauf zu konsolidieren, die Umgestaltung von Gebieten voranzutreiben und Gemeinschaftsunternehmen für die Wiederherstellung und die biologische Vielfalt zu stärken. Dies ist ein wesentlicher Beitrag zur Schaffung von Frieden unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Gerechtigkeit.

Geographischer Fokus

Es wird von dem geplanten Projekt erwartet einen bilateralen Ansatz zu verfolgen und sich auf Entwaldungsschwerpunkte, strategische Ökoregionen und Schutzgebiete im Kolumbianischen Massiv (Macizo Colombiano) im Südwesten Kolumbiens zu konzentrieren.

6 Durchführungsorganisationen

6.1 Anforderungen an das Konsortium

Eine Voraussetzung für die Finanzierung durch die IKI ist die **Bewerbung als Konsortium**, d. h. als Zusammenschluss von mindestens zwei Organisationen. Bei der Zusammenstellung des Konsortiums sollte berücksichtigt werden, dass sich der Abstimmungsaufwand mit zunehmender Anzahl der Konsortialmitglieder sehr stark erhöht. Aus diesem Grund dürfen Projekte von maximal vier Konsortialpartnern durchgeführt werden. Die Konsortien müssen jeweils eine Hauptdurchführungsorganisation benennen. Von IKI-Projekten wird erwartet, dass in der Regel mindestens 50 Prozent der IKI-Mittel durch lokale Akteur*innen, die im Partnerland/ in der Partnerregion verankert sind, umgesetzt werden. Daher sollten, wo möglich, Organisationen aus dem Partnerland bzw. Organisationen aus anderen ODA-fähigen Ländern als Teil des Konsortiums oder Auftragnehmende in das Projekt eingebunden werden (siehe [Local Content Kriterium](#)).

Die **Hauptdurchführungsorganisation** wird alleinige Vertrags- oder Vereinbarungspartnerin der IKI. Sie ist die ausschließliche Empfängerin von direkten Zahlungen der IKI und verantwortlich für die haushaltsrechtliche Durchführung des Projekts und das Berichtswesen. Die Weiterleitung von IKI-Mitteln an Konsortialpartner erfolgt auf Basis von Weiterleitungsverträgen oder Unteraufträgen, welche die Hauptdurchführungsorganisation individuell mit jedem Konsortialpartner abschließt. Gemeinsam mit allen Konsortialpartnern sollte zudem eine Kooperationsvereinbarung geschlossen werden (siehe Merkblatt im [Annex 2](#)). Diese sollte – soweit möglich – bereits im Zuge der Erstellung der Projektskizze in ihren Grundzügen zwischen den Durchführungsorganisationen abgestimmt werden.

In der Regel ist die Hauptdurchführungsorganisation verpflichtet, den Projektfortschritt ihrer weiterleitungsempfangenden Organisationen über die gesamte Projektlaufzeit zu prüfen. Art und Umfang dieser Prüfung sowie eine mögliche Verpflichtung zur Vorlage von Prüfvermerken (inspection notes) werden in den entsprechenden Verträgen geregelt.

Die Hauptdurchführungsorganisation muss ihren **Zugang zu den für das Projekt relevanten Stakeholdern** im jeweiligen Partnerland direkt oder über die Konsortialpartner nachweisen. Es wird begrüßt, wenn bei Projekten auf eine entsprechende Diversität im Konsortium und bei den Auftragnehmenden geachtet wird, um darüber Zielgruppen und weitere Akteur*innen, insbesondere auf der lokalen Ebene (z.B. Indigene Völker und lokale Gemeinschaften, IPLCs), besser einzubinden und die Nachhaltigkeit des Projekts zu erhöhen. Im Einklang mit der [IKI-Genderstrategie](#) ist insbesondere auch eine Einbindung von lokalen Organisationen willkommen, die sich im Kontext von Klima und Biodiversität für soziale und Geschlechtergerechtigkeit einsetzen. Ihre Einbindung soll zu einer gender-responsiven und inklusiven sowie wo möglich auch gender-transformativen Projektplanung und -umsetzung beitragen.

Die **Rollen und Verantwortlichkeiten innerhalb des Konsortiums** müssen nachvollziehbar dargestellt werden und die fachlichen Stärken der einzelnen Konsortialpartner widerspiegeln. Rollen und Verantwortlichkeiten sollen auch im Sinne einer nachhaltigen Verankerung des Projekts in Kolumbien verteilt werden. Dementsprechend sollen, wo möglich, Rollen in der Umsetzung an lokale Organisationen vergeben werden. Das Gesamtfinanzierungsvolumen muss dabei entsprechend angemessen und nachvollziehbar zwischen den Durchführungsorganisationen und Auftragnehmenden aufgeteilt werden. Unteraufträge sind bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit zugelassen. Dabei muss das vor Ort geltende Vergaberecht angewendet werden.

6.2 Anforderungen an alle Durchführungsorganisationen

Der Förderung oder Beauftragung im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) ist ein Ideenwettbewerb vorgeschaltet. Eine IKI-Finanzierung im Rahmen einer Beauftragung steht ausschließlich Durchführungsorganisationen des Bundes offen.

Projekte von Organisationen aus dem In- und Ausland werden grundsätzlich durch Zuwendungen gefördert. Für diese deutschen und internationalen Zuwendungsempfänger gilt die [Förderbekanntmachung](#).

Regierungen werden nicht über die IKI finanziert.

Eine Beauftragung durch die IKI ist ausgeschlossen für Organisationen, gegen die die EU Sanktionen verhängt hat. Von der IKI-Finanzierung ausgeschlossen sind insbesondere:

- a) Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die in den Rechtsakten, mit denen diese Sanktionen verhängt werden, ausdrücklich genannt sind,
- b) Unternehmen, die im Eigentum oder unter der Kontrolle von Personen, Organisationen oder Einrichtungen stehen, gegen die die EU Sanktionen verhängt hat, und
- c) Unternehmen, die in Wirtschaftszweigen tätig sind, gegen die die EU Sanktionen verhängt hat, soweit die Beihilfen die Ziele der betreffenden Sanktionen untergraben würden.

Die Durchführungsorganisation verpflichtet sich alle anwendbaren EU- sowie UN-Sanktionsregime einzuhalten. Der Verstoß gegen anwendbare Sanktionsvorschriften kann die vollständige Rückforderung der IKI-Finanzierung auslösen.

Kompetenzen und Erfahrungen

Die Hauptdurchführungsorganisation und Konsortialpartner müssen über die **nötige fachliche Kompetenz, administrative Kapazität und Managementkompetenz** zur Planung und Umsetzung des Projekts verfügen.

6.3 Besondere Anforderungen an die Hauptdurchführungsorganisation

Umsatzkriterium

Der durchschnittliche jährliche IKI-Finanzierungsanteil in einem Projekt darf nicht höher sein als der durchschnittliche jährliche Umsatz der Hauptdurchführungsorganisation gemessen an den letzten drei durch zertifizierte Jahresabschlüsse nachzuweisenden Geschäftsjahren.

Fachliche Erfahrung und Landesexpertise

Die Hauptdurchführungsorganisation muss seit mindestens fünf Jahren Projekte im Bereich der internationalen Zusammenarbeit im jeweiligen Themenfeld in ODA-Ländern umsetzen. Zudem sind Erfahrungen in Kolumbien erforderlich. Die Hauptdurchführungsorganisation muss diese fachliche Erfahrung und Landesexpertise über Referenzen im Skizzenformular nachweisen. Weitere Anforderungen werden ggf. im Rahmen des Angebotsverfahrens und in Abstimmung mit dem zuständigen Bundesministerium vor Auftragsvergabe festgelegt.

7 Umfang und Höhe der IKI-Finanzierung

Projektdauer

Die Projektdauer beträgt maximal acht Jahre. Eine Mindestlaufzeit ist nicht vorgegeben.

Höhe der IKI-Finanzierung

Das durch die IKI bereitgestellte Finanzierungsvolumen beträgt pro Projekt **20 Mio. bis maximal 25 Mio. EUR**. Es gelten die weiteren Angaben zu den Festlegungen in den spezifischen Themenschwerpunkten. Über- oder Unterschreitungen des zulässigen Finanzierungsvolumens führen zum Ausschluss der Projektskizze.

Privatsektormittel

Die Projekte sollen einen **Beitrag zur Mobilisierung von Privatsektormitteln** leisten, entweder durch direkte Mobilisierung von Privatsektorkapital oder durch die Förderung der Bedingungen für Privatsektorinvestitionen im Klima- und Biodiversitätsbereich.

Wirtschaftlichkeit

Finanziert werden können alle Ausgaben bzw. Kosten, die im Rahmen einer wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung zur Erreichung des Projektziels erforderlich sind. **Ausgaben- bzw. Kosteneffizienz** und eine **sparsame Verwendung der Mittel** sind bei der Durchführung darzulegen. Projekte können nur dann finanziert werden, wenn mit dem Projekt zum Zeitpunkt der Angebotseinreichung noch nicht begonnen wurde.

Von der IKI-Finanzierung ausgeschlossene Aktivitäten

Mit den **IKI-Ausschlusskriterien** werden bestimmte Aktivitäten ausnahmslos von der IKI-Finanzierung ausgeschlossen, die als zu risikobehaftet für Umwelt und Menschen angesehen werden ([siehe Ausschlusskriterien](#)).

8 Sonstige Bestimmungen

Durchführungsorganisationen müssen sich im Rahmen der Auftragsvergabe und der Auftragsdokumentation damit einverstanden erklären, dass

- sämtliche mit dem Angebot oder im weiteren Verfahren eingereichte Unterlagen dem zuständigen Bundesministerium oder dem Projektträger, dem Bundesrechnungshof und den Prüforganen der Europäischen Union auf Verlangen vorgelegt, erforderliche Auskünfte erteilt, Einsicht in das Projekt betreffende Bücher und Unterlagen sowie Prüfungen gestattet und entsprechende Unterlagen zur Verfügung gestellt werden;
- das zuständige Bundesministerium oder seine Beauftragten im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit den Namen der beauftragten Organisation und den Zweck der Beauftragung bekannt geben;
- alle im Zusammenhang mit der Beauftragung bekannt gewordenen Daten und Nachweise
 - vom Projektträger, dem zuständigen Bundesministerium oder einer von einem der beiden beauftragten Stelle auf Datenträger gespeichert werden können,
 - zum Zweck der Erfolgskontrolle weiterverarbeitet werden können,
 - vom zuständigen Bundesministerium an zur Vertraulichkeit verpflichtete, mit einer Evaluation beauftragte Dritte weitergegeben und dort weiterverarbeitet werden können,
 - für Zwecke der Bearbeitung und Kontrolle der Anträge, der Statistik, des Monitorings, wissenschaftlicher Fragestellungen, der Verknüpfung mit amtlichen Daten, der Evaluation und der Erfolgskontrolle des Förderinstruments verwendet und ausgewertet werden;
- die anonymisierten bzw. aggregierten Auswertungsergebnisse veröffentlicht und an den Bundestag und an Einrichtungen des Bundes und der Europäischen Union weitergeleitet werden können.

Um eine elektronische Bearbeitung zu ermöglichen, ist im Vorfeld sicherzustellen, dass die Möglichkeit der rechtssicheren elektronischen Zeichnung und Zustellung von Angebots- bzw. Förderdokumenten besteht.

Evaluation und Transparenz

Die Durchführungsorganisationen sind verpflichtet, alle im Rahmen der Erfolgskontrolle benötigten und vom Auftraggeber oder einer von ihm beauftragten Stelle benannten Daten bereitzustellen. Als wesentlichen Beitrag zur Erfolgskontrolle werden sämtliche Projekte, die im Rahmen dieses Verfahrens ausgewählt werden, einer externen Zwischen- und einer Abschlussevaluation unterzogen. Ausgewählte Projekte werden zusätzlich im Rahmen einer begleitenden Wirkungsevaluation oder projektübergreifenden strategischen Evaluation untersucht. Die Durchführungsorganisationen sind verpflichtet, die erforderlichen Daten und Informationen hierfür dem zuständigen Bundesministerium, dem Projektträger sowie den für die Evaluationen beauftragten Stellen zur Verfügung zu stellen und an dafür vorgesehenen Befragungen, Interviews und sonstigen Datenerhebungen teilzunehmen. Eine Veröffentlichung der Evaluationsergebnisse ist unter anderem auf der IKI-Website unter Wahrung aller datenschutzrechtlichen Belange vorgesehen (siehe [IKI-Webseite](#)).

Das zuständige Bundesministerium veröffentlicht vierteljährlich umfangreiche Projektinformationen zu laufenden und neu zugesagten IKI-Projekten aus dem Bereich Klima- und Biodiversitätsschutz entsprechend des **IATI-Standards** (siehe auch: [IATI-Daten](#)). Die Durchführungsorganisationen müssen sich damit einverstanden erklären, dass das zuständige Bundesministerium oder seine Beauftragten im Rahmen ihrer Berichterstattungen projektspezifische Informationen an die IATI-Plattform übermitteln.

Umgang mit Emissionsminderungsgutschriften in der IKI

IKI-Mittel sollen dazu genutzt werden, die Qualität und Transparenz im Kohlenstoffmarkt zu fördern und privates Kapital für die Skalierung der IKI-Projekte zu akquirieren. Grundlage dafür sind die Anrechnungsregeln der Emissionsminderungen in den nationalen Energiebilanzen der jeweiligen Partnerländer sowie der Beitrag zur Ambitionssteigerung in den Partnerländern. Es ist im Interesse der Bundesregierung, die Nutzung und Implementierung des UNFCCC Regelwerks zu Art. 6 zu fördern und alle Marktsegmente des internationalen Kohlenstoffmarkts auf die Ziele und Anforderungen des Übereinkommens von Paris (ÜvP) auszurichten³. Ein mit dem ÜvP kompatibler Kohlenstoffmarkt umfasst somit sowohl die Compliance-Märkte (UNFCCC und CORSIA) als auch das freiwillige Marktsegment. Eine mögliche Finanzierung von Projekten im Rahmen der IKI sollte daher den Kapazitätsaufbau für die Anwendung von Art. 6 ÜvP beinhalten, dies gilt auch für die mögliche Nutzung von Zertifikaten im freiwilligen Kohlenstoffmarkt.

Des Weiteren begrüßt die Bundesregierung die Nutzung des Kohlenstoffmarkts zur Skalierung von nachhaltigen Maßnahmen und zur Sicherung der Finanzierung von Emissionsminderungsmaßnahmen über das Projektende hinaus, insbesondere mit dem Ziel der Integration in die zukünftigen NDCs der Partnerländer.

Die Nutzung des Kohlenstoffmarkts als Finanzierungsquelle in IKI-Projekten muss jedoch im Rahmen bestimmter Grenzen und Richtlinien erfolgen: Grundsätzlich dürfen keine ODA-Mittel für die Generierung von Emissionsminderungsgutschriften eingesetzt werden, die auf dem Compliance Markt zur Erfüllung von internationalen Minderungszielen (außerhalb des Projektlandes) verwendet werden können. Die **Zusätzlichkeit** der Treibhausgasminderung und die ODA-Fähigkeit der IKI-Mittel ist sicherzustellen. Somit dürfen die durch IKI-Mittel finanzierten Emissionsminderungen **keine international transferier- und handelbaren Minderungsgutschriften generieren, die für die Zielerreichung von Staaten oder Unternehmen (Compliance) eingesetzt werden**. Gleichwohl können die zusätzlich erreichten Emissionsminderungen in einem Partnerland zu dessen Ambitionssteigerung gegenüber dem jeweiligen aktuellen NDC-Ziel genutzt werden. Hierzu bedarf es entsprechender Vereinbarungen mit dem Partnerland.

Eine klare **Trennung zwischen ODA-fähigen Klimafinanzierungsmitteln und dem Compliance-Markt** ist sicherzustellen. Die in [Annex 4](#) dargelegten Vorgaben hierzu sowie die Regeln zu Klimaschutzprojekten im freiwilligen Kohlenstoffmarkt sowie im Bereich technischer und natürlicher Kohlenstoffsenken sind einzuhalten.

IKI-Beschwerdemechanismus

Der [unabhängige Beschwerdemechanismus der IKI](#) soll Menschen, die durch IKI-Projekte (potenziell) negative soziale und/oder umweltbezogene Konsequenzen erleiden bzw. die unsachgemäße Verwendung von Geldern melden möchten, ermöglichen, ihre Beschwerden zu äußern und Abhilfe zu schaffen. IKI-Durchführungsorganisationen sind dazu verpflichtet, diese Beschwerdemöglichkeit im Rahmen ihrer Projektdurchführung unter ihren Zielgruppen sowie betroffenen Zielgruppen im Projektgebiet in geeigneter Weise bekannt zu machen und im Falle möglicher Untersuchungen zu kooperieren.

³ Siehe auch [G7 CQM 2023 Annex “Principles of High Integrity Carbon Markets”](#). Diese Prinzipien enthalten eine klare Ausrichtung des Marktes auf die Ziele des ÜvP. Dies beinhaltet Prinzipien für die Marktinfrastruktur, die Angebots- und Nachfrageseite, die den verpflichtenden und den freiwilligen Kohlenstoffmarkt umfassen.

9 Verfahren

9.1 Vorlage von Projektskizzen und Online Seminar

Der Förderung oder Beauftragung im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) ist ein Ideenwettbewerb vorgeschnallt. Die Teilnahme am Ideenwettbewerb steht auch potentiellen deutschen und internationalen Zuwendungsempfängern offen und erfolgt für diese Organisationen ausschließlich basierend auf der [Förderbekanntmachung](#).

Frist und Unterlagen

Die Projektskizze muss **fristgerecht** in englischer Sprache auf Basis des IKI-Skizzenformulars ausschließlich über die [IKI-Onlineplattform](#) eingereicht werden.

Dabei gilt folgender Stichtag: **03. September 2024**. Für diesen Ländercall werden nur Projektskizzen berücksichtigt, die fristgerecht bis einschließlich **16:00 Uhr (MEZ)** über die Onlineplattform eingegangen sind.

Die Projektskizze besteht aus folgenden Unterlagen, die gemeinsam auf der Onlineplattform einzureichen sind:

1. Skizzenformular zum Ausfüllen auf der [IKI-Onlineplattform](#)
2. Projektkonzept (max. 5 Seiten) als pdf-Dokument der ausgefüllten Vorlage ([weitere Informationen siehe hier](#))
3. Organisational Chart zur Erläuterung der Konsortialstruktur.

Zusätzlich eingereichte Dokumente (z. B. Entwurf Kooperationsvereinbarung) sind nicht entscheidend für den Auswahlprozess und werden bei der Bewertung der Skizzen nicht berücksichtigt.

Online Seminar

Für Juli 2024 ist ein **Online-Seminar** in englischer und spanischer Sprache geplant, um interessierten Organisationen eine Vorstellung darüber zu vermitteln, was eine gute Skizze auszeichnet. Darüber hinaus soll vertiefend über den Auswahlprozess und das weitere Verfahren informiert werden. Das genaue Datum des online Seminars wird auf der [IKI-Website](#) vorab veröffentlicht.

9.2 Skizzenphase

Die Skizzenauswahl erfolgt im Rahmen eines Auswahlprozesses anhand von Auswahlkriterien. Letztere unterteilen sich in Mindestanforderungen und Bewertungskriterien. Werden Mindestanforderungen nicht erfüllt, führt dies ohne weiteres zum Ausschluss einer Skizze. Die Bewertungskriterien hingegen dienen in unterschiedlicher Gewichtung als Grundlage für die Bewertung der zulässigen Skizzen ([siehe Annex 1](#)).

Alle eingereichten Skizzen werden zunächst auf die Mindestanforderungen geprüft. Nur die förderfähigen eingereichten Skizzen werden anhand der in der Förderbekanntmachung beschriebenen formalen und fachlichen Bewertungskriterien begutachtet. Hieraus erstellt das zuständige Bundesministerium eine Auswahlliste der aussichtsreichsten Skizzen und wählt danach in enger Abstimmung mit dem jeweils zuständigen Partnerministerium in Kolumbien zwei Projektskizzen aus (jeweils eine pro Themenschwerpunkt). Diese Entscheidung beruht auf den Ergebnissen der Begutachtung und den zur Verfügung stehenden Haushaltssmitteln.

9.3 Auswahl und Beauftragung

Sofern das zuständige Bundesministerium nach der Skizzenauswahl zu dem Schluss gelangt, dass zur Erreichung der übergeordneten IKI-Ziele ein öffentlicher Bedarf an Dienstleistungen in einem der Themenschwerpunkte besteht, kann es Teilnehmer des Ideenwettbewerbs zur Abgabe eines

Angebots auffordern. Die Zuschlagserteilung erfolgt im Rahmen der geltenden Regelungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge und gegebenenfalls auch auf Grundlage bestehender Rahmenvereinbarungen. Ansprüche auf Auftragserteilung können aus der Teilnahme am Ideenwettbewerb nicht hergeleitet werden.

Vorbereitungsphase

Je nach Notwendigkeit wird zur Erstellung des Projektangebots eine Vorbereitungsphase empfohlen, um das Projekt gemeinsam mit relevanten Akteur*innen optimal an den Bedarfen vor Ort auszurichten. Die Vorbereitungsphase und die dadurch gewonnenen Ergebnisse sollen insbesondere die Qualität des einzureichenden Projektangebots verbessern, die lokale Verankerung und den politischen Rückhalt der Partnerregierung sicherstellen sowie Nachfragen während des Anbahnungsprozesses minimieren. Eine Vorbereitungsphase ist dann besonders zu empfehlen, wenn:

- die Durchführungsorganisation keine direkte Erfahrung mit der Umsetzung von IKI-Projekten hat;
- Projektregionen für Maßnahmen vor Ort zusammen mit den Partnerministerien festgelegt werden müssen;
- eine langjährige Projektzusammenarbeit im vorgeschlagenen Konsortium mit den ausgewählten lokalen Partnern bislang nicht erfolgt ist;
- der Projekterfolg besonders von einer übersektoralen Anbindung im Partnerland sowie der Beteiligung lokaler Akteur*innen abhängt.

Durchführungsorganisationen müssen in der Projektskizze ausführen, weshalb eine Vorbereitungsphase notwendig oder nicht notwendig für die Erstellung des Projektangebots ist. Die Ausgaben der Vorbereitungsphase sind im Rahmen des Gesamtprojektes über IKI-Mittel finanziert und verringern das Budget der Durchführungsphase entsprechend. Die Dauer der Vorbereitungsphase dagegen verringert nicht die maximale Projektlaufzeit des eigentlichen Projektes. Das heißt, die Dauer der Vorbereitungsphase wird zusätzlich zur maximalen Projektlaufzeit von acht Jahren (siehe [7. Projektdauer](#)) veranschlagt. Zeitraum und Aktivitäten der Vorbereitungsphase müssen dabei klar abgegrenzt werden von Zeitraum und Aktivitäten des eigentlichen Projektes (Durchführungsphase). Während der Vorbereitungsphase werden ausschließlich Maßnahmen mit vorbereitendem Charakter über die IKI finanziert, Maßnahmen zur Umsetzung von Projektzielen der Durchführungsphase werden in dieser Zeit noch nicht finanziert.

Für die Durchführung einer Vorbereitungsphase muss die Hauptdurchführungsorganisation zu Beginn der Angebotsphase ein entsprechendes Projektangebot einreichen. Die einschlägigen Bestimmungen und Mustervorlagen werden auf der [IKI-Webseite](#) bereitgestellt.

Die Vorbereitungsphase kann bis zu neun Monate in Anspruch nehmen. Nach Eingang des detaillierten Projektangebots wird dieser abschließend durch das IKI-Office der ZUG und das zuständige Bundesministerium geprüft und die Beauftragung bei positivem Prüfergebnis gewährt.

Durchführung einer Genderanalyse

In der Angebotsphase ist für alle Projekte entsprechend einer nach den Mindeststandards der IKI durchgeföhrte Genderanalyse vorzulegen (siehe [IKI Gender Guidelines](#)). Für Projekte mit Vorbereitungsphase soll die Genderanalyse während der Vorbereitungsphase durchgeführt werden, für alle anderen Projekte innerhalb der ersten sechs Monate nach Projektbeginn.

9.4 Projekträgerschaft

Mit der Betreuung und Administration der Projekte der Ländercalls ist das IKI-Office der Zukunft-Umwelt-Gesellschaft (ZUG) gGmbH beauftragt (siehe [10.3. Kontakt Projekträgerin](#)). Die Auswahl

der Skizzen und letztendliche Bewilligung der Projektanträge erfolgt durch die verantwortlichen Bundesministerien BMWK und BMUV.

10 Formale und fachliche Anforderungen an die Projektskizze

10.1 Voraussetzungen für die Zusammenarbeit mit Kolumbien

Interesse und politischer Rückhalt des Partnerlandes

Das Auswahlverfahren wird zwischen beiden Regierungen eng koordiniert. Die Projekte müssen daher während der Projektdurchführung eine **enge Zusammenarbeit mit der kolumbianischen Regierung** gewährleisten. Eine erfolgreiche Projektdurchführung setzt voraus, dass die kolumbianische Regierung ein ausdrückliches Interesse an den geplanten Projektaktivitäten hat. In der Skizzenphase wird in Zusammenarbeit mit der kolumbianischen Regierung dazu eine Erstbewertung hinsichtlich des politischen Rückhalts vorgenommen.

Da die kolumbianische Regierung direkt in das Auswahlverfahren einbezogen ist, müssen keine Absichtserklärungen (LOI) der kolumbianischen Regierung vorgelegt werden. Allerdings muss in der Projektskizze nachvollziehbar dargelegt werden, dass die geplanten Projektaktivitäten der Prioritätensetzung von Kolumbien entsprechen.

Einbettung in nationale Rahmenbedingungen

Die geplanten Projektaktivitäten müssen die jeweiligen **politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und rechtlichen Rahmenbedingungen** in Kolumbien berücksichtigen und an nationale/regionale Politiken anschließen (auch über NDCs/NBSAPs hinaus). Dies betrifft auch nationale Strategien zur Gleichberechtigung der Geschlechter, insbesondere, wenn Haupt- oder wichtiges Nebenzieiel des Projekts die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit ist.

Hierzu sollten auch bestehende globale, regionale und nationale Partnerschaften und Kooperationsmechanismen genutzt bzw. Beiträge zu diesen geleistet werden (wie beispielsweise die [NDC-Partnerschaft](#) oder die [NBSAP Accelerator Partnership](#)). Die Nutzung ihrer Inhalte, Strukturen, Abläufe und Netzwerke im Landeskontext kann z. B. durch die öffentlich zugänglichen Informationsangebote und in Abstimmung mit den Ansprechpersonen in den Sekretariaten bzw. vor Ort erfolgen.

Anschlussfähigkeit/Vermeidung von Doppelfinanzierung

Zur Ausschöpfung von Synergien und zur Vermeidung von Doppelfinanzierung sind **Bezüge zu anderen Förderinstrumenten und -bereichen** zu geplanten, laufenden und früheren Fördermaßnahmen der Bundesregierung, der Europäischen Union sowie von nationalen und internationalen fördergebenden Organisationen zu berücksichtigen. Je mehr das vorgesehene Projekt in seinen Zielen, Zielgruppen, Maßnahmen und konkreten Produkten einem laufenden/abgeschlossenen Projekt ähnelt, desto präziser ist die Abgrenzung beziehungsweise Anknüpfung darzulegen.

10.2 Fachliche Anforderungen an die Projektskizzen

Projektkonzept

Zur Darstellung der Projektidee ist mitsamt des ausgefüllten Skizzenformulars ein Projektkonzept einzureichen (siehe hierzu auch [Frist und Unterlagen](#)). Das Projektkonzept geht dabei auf die Einordnung der Projektidee unter Bezugnahme der übergeordneten Zielsetzung des Ländercalls sowie des gewählten Themenschwerpunktes ein. Das Projektkonzept dient der detaillierten Einordnung der Ausgangssituation vor Ort, der anvisierten Projektplanung und Wirkungslogik sowie der Formulierung der Zielgruppen. Zudem sind Erläuterungen zur Umsetzung eines mindestens gender-responsive Ansatzes sowie zu Local Content, Innovation und Transformation Teil des Projektkonzeptes.

Das Projektkonzept darf eine Seitenzahl von fünf Seiten nicht überschreiten und ist in der Schriftgröße 11pt in Arial zu verfassen. Innerhalb der [IKI-Onlineplattform](#) ist die zu nutzende Vorlage für das Projektkonzept hinterlegt.

Die Anforderungen an die Projektskizze und das Projektkonzept sind nachfolgend gelistet:

Thematische Passfähigkeit

Die eingereichte Projektskizze muss mit dem gewählten **Themenschwerpunkt übereinstimmen**.

Klima- und Biodiversitätsrelevanz

Die Projekte sollen je nach Ausrichtung des Themenschwerpunkts Kolumbien dabei unterstützen, die Ziele des ÜvP beziehungsweise der CBD und somit des GBF zu erreichen. Aus der Projektskizze sollte nachvollziehbar hervorgehen, wie die geplanten Projektaktivitäten einen Beitrag zur Umsetzung oder Weiterentwicklung der NDCs sowie des NAP Prozesses beziehungsweise der Nationalen Strategien und Aktionspläne zur biologischen Vielfalt (NBSAPs) leisten.

SDGs

Die Projekte sollen dem ganzheitlichen Ansatz der Agenda 2030 folgen und alle betroffenen VN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) sowie mögliche Zielkonflikte berücksichtigen. Insbesondere Methoden der Lebenszyklusanalyse beziehungsweise Ökobilanzierung, d. h. der ganzheitliche Umgang mit Ressourcen, Chemikalien, Abfällen sollen konsequent mitgedacht werden, um dem transformativen Ansatz der Agenda 2030 zu mehr Nachhaltigkeit gerecht zu werden.

Zielgruppen

Das Projektkonzept soll deutlich alle für das Projekt relevanten Zielgruppen aufführen und nachvollziehbar darlegen, wie die geplanten Projektaktivitäten einen konkreten und sichtbaren Beitrag zur Lösung aktueller Herausforderungen für die Zielgruppen leisten können. Die Listung der relevanten Zielgruppen erfolgt gender-disaggregiert und gegebenenfalls aufgeschlüsselt nach anderen im Projektkontext relevanten Faktoren wie Alter, sozioökonomische Stellung, IPLC-Zugehörigkeit etc. Es ist darzustellen, wie diese Akteur*innen, insbesondere vulnerable Gruppen (z.B. IPLCs) mit ihren Belangen in der bisherigen und zukünftigen Projektkonzeption und -umsetzung einbezogen wurden und werden (siehe auch Kapitel 9 *Stakeholder Engagement* der [IKI-Safeguards-Policy](#)). Ferner ist zu skizzieren, wie ein Wissenstransfer zu diesen Akteur*innen stattfinden soll.

Local Content Kriterium

Von IKI-Projekten wird erwartet, dass in der Regel mindestens 50 Prozent der IKI-Mittel durch lokale Akteur*innen in umgesetzt werden. Als lokale Akteur*innen gelten Durchführungsorganisationen des Konsortiums sowie Auftragnehmende, die eine eigene Rechtspersönlichkeit nach dem jeweils geltenden nationalen Recht des Partnerlandes vorweisen können oder im Fall von regionalen Organisationen ihre Aktivitäten auf die jeweilige Projektregion fokussieren (für weitere Informationen siehe [Annex 3 Einstufung als „lokale“ Organisationen](#)).

Über die Umsetzung der IKI-Mittel hinaus sollen im Rahmen des Projekts fachliche und administrative Kompetenzen von lokalen Organisationen genutzt und/oder weiterentwickelt werden. Durch eine enge Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen soll ein Beitrag zu der lokalen Verankerung der Kapazitätsentwicklung vor Ort und der Nachhaltigkeit von Projekten geleistet werden. Für weitere Informationen siehe hier: [Wie die Internationale Klimaschutzinitiative \(IKI\) die lokale Einbettung von Projekten stärkt](#).

Ambition, Transformation und Innovation

Das Projekt muss im jeweiligen Länder- und Sektorkontext **ambitionierte Ziele** verfolgen und auf **messbare Ergebnisse** ausgelegt sein. IKI-finanzierte Projekte sollen zur gesellschaftlichen und

ökonomischen Transformation hin zu einer treibhausgasneutralen, biodiversitätsfreundlichen und geschlechtergerechten Gesellschaft sowie einer Lebensweise, die die planetaren Grenzen der Erde berücksichtigt, beitragen. **Transformativer Wandel** ist weitreichend und bringt strukturelle, tiefgreifende Änderungen auf allen Ebenen einer Gesellschaft - ökologisch, ökonomisch und sozial.

Der **transformative Charakter** des Projektkonzepts muss durch mehrere oder alle der folgenden Aspekte deutlich werden:

- **Ambition:** Durch das Projekt wird eine substanzielle und messbare Verbesserung gegenüber eines Business-as-usual-Verlaufs erreicht und dokumentiert.
- Die Skizze muss darlegen, wie das Projekt in bestehende Initiativen zur kohlenstoffneutralen und/oder biodiversitätserhaltenden Entwicklung im Partnerland, regional, und/oder global, eingebettet ist und diese unterstützt.
- **Wandel:** Durch das Projekt werden Systemveränderungen und/oder Verhaltensänderungen von Entscheidungsträger*innen bzw. einer Anzahl von Individuen oder Institutionen bewirkt. Die dafür erforderlichen Schritte sollen nicht oder nur sehr schwer umkehrbar sein (Schaffung „positiver Pfadabhängigkeiten“, z. B. durch den großdimensionierten Aufbau von klimafreundlicher Infrastruktur oder Inkrafttreten neuer gesetzlicher Rahmenbedingungen, etc.).
- **Modellcharakter:** Das Projekt arbeitet transparent, ist durch eine geeignete öffentliche Dokumentation replizierbar und entfaltet eine skalierbare Wirkung in anderen Ländern/Regionen und/oder vergleichbaren Sektoren.

Die IKI fördert Ansätze mit **Innovationskraft**, die neue oder teilweise neue Lösungen für die Herausforderungen an den Klima- und Biodiversitätsschutz anbieten. Ein hoher Innovationsgrad zeichnet sich durch eine klare Abgrenzung zum bisherigen Wissensstand bzw. Stand der technologischen Lösungen aus. „Innovativ“ bedeutet in diesem Zusammenhang jegliche technologische, methodische oder soziale Maßnahme, die in der Projektregion bisher nicht oder nicht in der Form angewandt wurde.

Projektplanung

Die Projekte müssen die Qualität ihrer Lösungsansätze durch die Anwendung einer Wirkungslogik demonstrieren, welche einen Beitrag zu den übergeordneten Zielen der IKI leistet und sich an den methodischen Vorgaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) orientiert (siehe dazu [Guidelines on Project Planning and Monitoring in the International Climate Initiative](#)). Die Darstellung der Wirkungslogik sollte im jeweiligen Kontext plausibel sein und eine hinreichend ambitionierte, **realistische und detaillierte Lösung für die Problemstellung** des Projekts anbieten. Die vorgeschlagenen Projektaktivitäten sollen dabei mit dem zur Verfügung stehenden Budget und innerhalb des gewählten Zeitraums realistisch umsetzbar sein.

Verfestigung der Projektwirkungen nach Ablauf der IKI-Finanzierung (Exit-Strategie)

Aus der Projektskizze muss ersichtlich sein, wie die Projektaktivitäten dazu beitragen, dass finanzierte **Aktivitäten und Ergebnisse auch nach Ende der IKI-Finanzierung durch Akteur*innen vor Ort fortgeführt** werden bzw. erhalten bleiben können. Dabei kann auch Bezug auf die gewählte Konsortialstruktur genommen werden. In den letzten beiden Jahren der Projektlaufzeit muss ein Fokus der Aktivitäten darauf liegen, dies sicherzustellen („**Exit-Strategie**“). Eine Erhöhung der Finanzierung zum oder nach Projektende ist generell nicht vorgesehen.

Klimaneutralität

Die IKI befürwortet Maßnahmen zur Reduktion von Emissionen aus Dienstreisen (z. B. durch Videokonferenzen). Die Durchführungsorganisationen sind verpflichtet, **Projektaktivitäten und**

Investitionen aus Projektmitteln möglichst klimaneutral, ressourceneffizient und umweltschonend zu tätigen. Sofern Dienstreisen nicht vermieden werden können, kann die Kompensation durch IKI-Mittel finanziert werden. Bei der Auswahl der Kompensationsprojekte sollte auf qualitativ hochwertige Zertifikate Wert gelegt werden (siehe dazu: [Freiwillige CO2-Kompensation durch Klimaschutzprojekte](#)).

Umwelt- und Sozialstandards

Die systematische Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialstandards innerhalb der IKI soll verhindern, dass IKI-Projekte negative Auswirkungen auf Mensch und Umwelt haben. Von den Durchführungsorganisationen der IKI wird erwartet, dass sie die [IKI-Safeguards-Policy](#) und die Safeguards Standards des Green Climate Fund einhalten (aktuell [IFC Performance Standards](#)). Mögliche Umwelt- und Sozialrisiken und geplante Safeguards-Maßnahmen sind in der Projekt-skizze darzulegen. Die Risikokategorie hat keinen Einfluss auf das Projektauswahlverfahren, sofern die Safeguards-Maßnahmen dem Risiko angemessen sind.

Genderstrategie und Überwindung von Diskriminierungen

Um die Wechselwirkungen zwischen Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Gender zu adressieren, ist das Erreichen von Geschlechtergerechtigkeit für die IKI zentral ([Gender in der IKI/IKI-Genderstrategie](#)). Dafür sollen IKI-Projekte mit konkreten Maßnahmen so ausgerichtet werden, dass geschlechterbasierte Benachteiligungen und Diskriminierung abgebaut werden. Durch eine gezielte Berücksichtigung bestehender Geschlechterverhältnisse soll ein besserer Beitrag zum Schutz des Klimas, der Anpassung an die Folgen des Klimawandels sowie zum Erhalt der Biodiversität geleistet werden. Die IKI finanziert basierend darauf Projekte mit einer mindestens gender-responsiven Projektplanung und Umsetzung (siehe auch [Hinweise zur Durchführung einer Genderanalyse](#)). Die IKI unterstützt Projekte mit einem gender-transformativen Ansatz und / oder Projekte mit Förderung der Gendergerechtigkeit als ein Hauptziel.

Ebenso sollen IKI-Projekte im Rahmen ihrer Projektaktivitäten dazu beitragen, soziale, kulturelle, geographische, politische, rechtliche, religiöse, rassistische, ableistische oder ökonomische Diskriminierung und Benachteiligung zu überwinden.

10.3 Kontakt Projektträgerin

KI Office der Zukunft – Umwelt – Gesellschaft (ZUG) gGmbH
Stresemannstraße 69-71
10963 Berlin

E-Mail: IKI-Office@z-u-g.org
Tel.: +49 30 72618 – 0222

Für telefonische Sprechzeiten siehe [IKI Webseite](#).

Berlin, den 29. Mai 2024

Für die Bundesregierung
vertreten durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Im Auftrag
Dr. Philipp Behrens

Annex 1: IKI-Auswahlkriterien

Die Projekte werden von den zuständigen Ministerien nach den folgenden Anforderungen bewertet und ausgewählt:

Kriterien		Erläuterungen
! – Mindestanforderungen		
Zur Begutachtung der eingereichten Skizzen werden sowohl Mindestanforderungen als auch Bewertungskriterien genutzt. Alle Mindestanforderungen, die bei Nicht-Einhaltung zum Ausschluss der Projektskizze aus dem Auswahlprozess führen, sind durch ein „!“ gekennzeichnet.		
Formale Eignung des Projektkonzepts		
Finanzierungsvoraussetzungen		
1	!	Fristgerechte Einreichung über Onlineplattform Die Einreichung der Projektskizze erfolgte fristgerecht und über die IKI-Onlineplattform.
2	!	Vollständigkeit der Unterlagen Die Unterlagen wurden vollständig und gemäß den Vorgaben eingereicht.
3	!	Finanzierungsnotwendigkeit Es besteht eine Finanzierungsnotwendigkeit.
4	!	Kein vorzeitiger Maßnahmenbeginn Die Projektumsetzung hat vor Skizzeneinreichung noch nicht begonnen.
5	!	Ausschlusskriterien Das Projekt sieht keine Aktivitäten vor, die gemäß der IKI-Ausschlusskriterien von der IKI-Finanzierung ausgeschlossen sind.
Dauer und Höhe der Finanzierung		
6	!	Höhe der Finanzierung Das in der Projektskizze vorgeschlagene IKI-Finanzierungsvolumen entspricht dem im jeweiligen Themenschwerpunkt spezifizierten Vorgaben. Über- oder Unterschreitungen des zulässigen Finanzierungsvolumens führen zum Ausschluss der Projektskizze.
7	!	Projektlaufzeit Die Projektlaufzeit beträgt höchstens acht Jahre.
Projektfinanzierung		
8		Finanzielle Eigenbeteiligung Die finanzielle Eigenbeteiligung der Hauptdurchführungsorganisation sowie die Summe zusätzlicher Finanzmittel (Co-Finanzierung) sind nachvollziehbar und angemessen.
9		Privatsektormobilisierung Das Projekt sollte einen Beitrag zur Mobilisierung von Privatsektormitteln leisten.

Wahl Partnerland			
10	!	Partnerland Kolumbien	Die Skizze sieht die Durchführung der Projektaktivitäten ausschließlich in Kolumbien vor.
Fachliche Eignung des Projektkonzepts			
11	!	Zielsetzung des Themenschwerpunktes	Das geplante Projekt ist fachlich geeignet, die spezifischen Ziele des jeweiligen Themenschwerpunktes zu erreichen.
Einordnung in den Umsetzungskontext			
12		Relevanz für die Umsetzung der NDCs/NBSAPs/NAPs	Das geplante Projekt leistet einen relevanten Beitrag zur Umsetzung der NDCs/NAPs/NBSAPs.
13		Anschlussfähigkeit an nationale/regionale Politiken	Das geplante Projekt schließt auch darüber hinaus an konkrete politische und rechtliche Rahmenbedingungen sowie Politiken und Prioritäten /im Land an und nutzt bestehende Partnerschaften.
14		Relevanz für die Umsetzung der VN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs)	Das geplante Projekt folgt dem ganzheitlichen Ansatz der Agenda 2030 und berücksichtigt alle betroffenen SDGs. Mögliche Zielkonflikte werden in Betracht gezogen.
15		Politischer Rückhalt	Die Projektskizze lässt auf eine grundsätzliche Unterstützung der geplanten Projektaktivitäten durch die Regierung des Partnerlandes schließen.
16		Anknüpfung an die Projektlandschaft/Förderlandschaft; keine Doppelförderung	Das geplante Projekt knüpft an die bestehende Projektlandschaft/Förderlandschaft vor Ort an. Doppelförderung wird vermieden.

Projektplanung		
17	Wirkungslogik	<p>Die Projektskizze demonstriert die Qualität seines Problemlösungsansatzes durch Anwendung der OECD-Wirkungslogik (siehe dazu Guidelines on Project Planning and Monitoring in the International Climate Initiative).</p> <p>Der vorgeschlagene Lösungsansatz ist ambitioniert und mit dem zur Verfügung stehenden Budget innerhalb des gewählten Zeitraums realistisch umsetzbar.</p>
18	Ambition und Messbarkeit	Das geplante Projekt hat für den jeweiligen Projektkontext ambitionierte Ziele und ist auf messbare Ergebnisse ausgelegt. Die gezielte Berücksichtigung von Geschlechtergerechtigkeit im Rahmen der Projektplanung wird positiv bewertet.
19	Transformation	Durch das Projekt sollen Systemveränderungen und/oder Verhaltensänderungen von Entscheidungsträger*innen bzw. einer maßgeblichen Anzahl von Individuen oder Institutionen bewirkt werden (Transformation).
20	Innovation	Das geplante Projekt hat einen neuen, innovativen Lösungsansatz für eine Region.
21	Umwelt- und Sozialrisiken, mögliche Safeguards-Maßnahmen	Mögliche Umwelt- und Sozialrisiken sowie mögliche Safeguards-Maßnahmen werden nachvollziehbar und angemessen dargelegt. Die Verpflichtung zur Einhaltung der Safeguards Standards ist Finanzierungsvoraussetzung.
22	Vermeidung von Diskriminierung (u.a. Umsetzung der IKI Genderstrategie)	Im Projektkonzept ist die Umsetzung konkreter Maßnahmen zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit und Vermeidung von Diskriminierung vorgesehen. Diese Maßnahmen dienen der Umsetzung der Projektziele und sind in der Wirkungslogik deutlich erkennbar.
Zielgruppen		
23	Partizipation und Wissenstransfer zu Zielgruppen	<p>In der Projektskizze wird nachvollziehbar dargestellt, wie relevante Zielgruppen und ihre Belange in der bisherigen und zukünftigen Projektkonzeption und -umsetzung einbezogen wurden bzw. werden.</p> <p>Zudem wird nachvollziehbar dargestellt, wie der Wissenstransfer zu relevanten Zielgruppen stattfinden soll.</p>
Verstetigung und Replizierbarkeit der Projektergebnisse		
24	Exit-Strategie	Aus der Projektskizze wird ersichtlich, wie die Projektaktivitäten dazu beitragen, dass finanzierte Aktivitäten und Ergebnisse auch nach Ende der Finanzierung durch die IKI fortgeführt werden bzw. erhalten bleiben (Exit-Strategie).
25	Replizierbarkeit	Das geplante Projekt ist in anderen Ländern/Regionen und/oder anderen Sektoren replizierbar.

Eignung Durchführungsorganisationen			
Eignung Konsortium			
26	!	Bewerbung als Konsortium Anzahl Konsortialpartner	Die Projektskizze sieht eine Bewerbung als Konsortium vor, d.h. ein Zusammenschluss von mindestens zwei und maximal vier Organisationen. Eine Überschreitung der maximal zulässigen Anzahl an Konsortialpartnern führt zum Ausschluss der Skizze.
27		Local Content (50%-Regel)	Möglichst 50% der IKI-Mittel werden durch Akteur*innen umgesetzt, die als lokale Organisationen eingestuft werden (siehe Annex 3: Einstufung als „lokale“ Organisationen).
28		Angemessene Rollen- und Aufgabenverteilung	Die Aufgaben- und Rollenverteilung innerhalb des Konsortiums ist angemessen und nachvollziehbar.
29		Angemessene Budgetaufteilung	Die Allokation des Gesamtbudgets zwischen den Durchführungsorganisationen ist angemessen und nachvollziehbar.
Eignung Durchführungsorganisationen			
30		Fachliche Eignung und Kompetenzen aller Durchführungsorganisationen	Die Hauptdurchführungsorganisation und Konsortialpartner verfügen über die nötige fachliche und administrative Eignung sowie Managementkompetenz zur Umsetzung und Koordinierung der geplanten Projektaktivitäten.
31		Zugang zu relevanten Stakeholdern	Die Hauptdurchführungsorganisation stellt ihren Zugang zu den für das Projekt relevanten Stakeholdern (inklusive lokale Bevölkerung, z.B. IPLCs) im Partnerland direkt oder über die Konsortialpartner nachvollziehbar dar.
32	!	Rechtsform	Die Hauptdurchführungsorganisation und Konsortialpartner haben eine geeignete Rechtsform und können somit IKI-Finanzierungsmittel erhalten.
Formale Eignung der Hauptdurchführungsorganisation			
33	!	Umsatzkriterium	Die Hauptdurchführungsorganisation erfüllt das Umsatzkriterium.
34	!	Abrechnung auf Ausgabenbasis	Die Abrechnung der Hauptdurchführungsorganisation erfolgt auf Ausgabenbasis (sofern nicht anders geregelt im entsprechenden Rahmenvertrag zwischen der bundeseigenen Durchführungsorganisation und dem zuständigen Bundesministerium).
Fachliche Eignung der Hauptdurchführungsorganisation			
35	!	Erfahrung in der internationalen Zusammenarbeit	Die Hauptdurchführungsorganisation verfügt über mindestens fünf Jahre Erfahrung in der thematisch relevanten Projektumsetzung in ODA-Ländern.
36		Landesexpertise	Die Hauptdurchführungsorganisation hat Erfahrungen in Kolumbien.

Annex 2: Kooperationsvereinbarung

Eine Voraussetzung für die Beauftragung ist die Bewerbung als Konsortium, d. h. als Zusammenschluss von mindestens zwei Organisationen. Die Konsortien müssen jeweils eine Hauptdurchführungsorganisation benennen.

Die Hauptdurchführungsorganisation wird alleinige Vertrags- oder Vereinbarungspartnerin der IKI. Sie ist die ausschließliche Empfängerin von direkten Zahlungen der IKI und verantwortlich für die haushaltsrechtliche Durchführung des Projekts und das Berichtswesen. Gemeinsam mit allen Konsortialpartner muss eine Kooperationsvereinbarung geschlossen werden, welche dem Angebot beigelegt wird. Die Kooperationsvereinbarung sollte – soweit möglich – bereits im Zuge der Erstellung der Projektskizze in ihren Grundzügen zwischen den Durchführungsorganisationen abgestimmt werden. Sie ergänzt die der Beauftragung zugrundeliegenden Regelungen zwischen den Konsortialpartner und darf keine gegenläufigen Vereinbarungen oder Regelungen enthalten.

Die Konsortialpartner bleiben vollständig eigenverantwortlich für die Kooperationsvereinbarung und sollten sich bei Bedarf rechtliche Beratung suchen. Eine Rechtsberatung, Haftung und/oder inhaltliche Prüfung durch das zuständige Bundesministerium oder das IKI-Office der ZUG erfolgt nicht.

Vor der Beauftragung muss eine grundsätzliche Übereinkunft aller Durchführungsorganisationen des Konsortiums über mindestens folgende Punkte nachgewiesen werden:

- Hauptdurchführungsorganisation
- weitere Durchführungsorganisationen (Rechtsform, Sitz, Vertretungsberechtigung)
- Laufzeit, Arbeitsplan und klare Aufgabenteilung der weiteren Durchführungsorganisationen

Darüber hinaus sollten folgende Aspekte im Rahmen der Kooperationsvereinbarung abgestimmt werden:

- Berichts- und Informationspflichten im Konsortium
- Haftung der Konsortialpartner
- Nutzungs- und Urheberrechte
- Umgang mit Änderungen während der Projektlaufzeit
- Sichtbarkeit der Konsortialpartner
- Verfahren über die Beilegung von internen Streitigkeiten wie z.B. das Einschalten einer Mediation

Annex 3: Einstufung als „lokale“ Organisationen

Für lokale Organisationen im Konsortium bzw. als Auftragnehmende gilt:

- (1) Lokale Organisationen müssen eine eigene Rechtspersönlichkeit nach dem jeweils geltenden nationalen Recht im Partnerland haben.
- (2) Partnerministerien sind von der Finanzierung grundsätzlich ausgeschlossen.

Für nationale und regionale Büros von internationalen Organisationen gilt:

- (1) Büros müssen in einem Partnerland registriert sein und dort anfallende Steuern zahlen.
- (2) Das nationale oder regionale Büro kann unabhängige Entscheidungen treffen und ist in der operativen Gestaltung und Umsetzung der Projektmittel weitestgehend unabhängig von Weisungen der „Dachorganisation“.

Internationale Organisationen, die diese Kriterien nicht erfüllen, können ihren Projektbudgetanteil nicht als Local Content anrechnen, auch wenn nationales Personal im Projekt angestellt ist. Daher zählen nationale Büros von internationalen multilateralen Organisationen, wie bspw. VN-Agenturen, der GIZ oder KfW, Botschaften anderer Länder oder nationale Büros anderer bilateraler Geberländer nicht als Local Content.

Für regionale Organisationen wie regionale Entwicklungsbanken, regionale Staatenverbünde/Wirtschaftsgemeinschaften gilt:

- (1) Die Organisation hat einen Sitz in einem Land der Region, in der das IKI-Projekt durchgeführt wird, und fokussiert Aktivitäten auf die Partnerländer.
- (2) Mindestens eines der Partnerländer ist Teil dieser Region.
- (3) Nationale Partnerinstitutionen sind an der Umsetzung auf Landesebene beteiligt.
- (4) Für Banken und Netzwerke: Die Partnerländer sind Mitglieder der regionalen Bank oder des regionalen Netzwerks.

In begründeten Ausnahmen können IKI-Projekte von der Zielgröße von 50 Prozent abweichen:

- (1) Im Sinne einer Förderung des Süd-Süd-Austausches kann es eine Ausnahme von der 50-Prozent-Regel geben, wenn ein wesentlicher Teil des Projektbudgets von Organisationen aus dem globalen Süden umgesetzt wird, die nicht im Partnerland oder der Region registriert sind.
- (2) Projekte können von der 50-Prozent-Regel abweichen, wenn sie plausibel begründen können, dass die Local Content-Anforderung aufgrund von besonderen Landes- oder Fachkontexten nicht möglich und/oder ein hohes Hindernis für die Wirksamkeit und Durchführung des Projekts darstellt, oder sonstige Gründe vorliegen, die in der spezifischen Projektkonstellation liegen.

Ob Ausnahmen zulässig sind, wird fallspezifisch entschieden. Auch im Falle von Ausnahmen soll der Local Content möglichst hoch sein.

Für weitere Informationen siehe hier: [Wie die Internationale Klimaschutzinitiative \(IKI\) die lokale Einbettung von Projekten stärkt.](#)

Annex 4: Umgang mit Emissionsminderungsgutschriften⁴ in der IKI

Um eine klare **Trennung zwischen ODA-fähigen Klimafinanzierungsmitteln und dem Compliance-Markt** sicherzustellen, müssen folgende Vorgaben eingehalten werden:

- IKI-finanzierte Projekte können die **konzeptionellen Vorbereitungen für Minderungsaktivitäten unter Art. 6 des ÜvP** (Methodologie-Entwicklung, Projektdesign und Machbarkeitsstudien) in ihrer Zielsetzung vorsehen.- Jedoch muss die technische Implementierung (d.h. nach dem „financial close“) durch andere Finanzierungsquellen umgesetzt werden und nicht durch IKI-Mittel. Mit dieser klaren Abgrenzung zur IKI-Finanzierung ist es möglich, dass international transferier- und handelbare Minderungsgutschriften generiert werden können.
- **Anschubfinanzierung** für Art. 6 Projektmaßnahmen ist unter der Voraussetzung möglich, dass durch IKI-Mittel generierte Minderungsgutschriften entweder stillgelegt werden müssen (Nachweis erforderlich) oder im Partnerland verbleiben und dem „host-country“-NDC angerechnet werden (sog. „Non-authorized Art. 6.4“ Minderungseinheiten) und somit zur NDC-Umsetzung des Landes beitragen. Hierzu bedarf es aber aktivitätsbezogener Vereinbarungen mit dem Partnerland.

Klimaschutzprojekte im Bereich freiwilliger Kohlenstoffmarkt: Durch IKI-Mittel erzielte Emissionsminderungen dürfen **grundsätzlich auch keine auf dem freiwilligen Kohlenstoffmarkt international transferier- und handelbaren Minderungsgutschriften generieren**, die von den Durchführungstaaten für Compliance-Zwecke autorisiert wurden. Eine Förderung von Minderungsgutschriften für ein nationales freiwilliges Zertifizierungssystem (nicht international transferier- und handelbar) des Partnerlandes, in dem die Emissionsminderungen entstehen, ist möglich und zur Ambitionssteigerung gegenüber dem NDC wünschenswert. Die Bundesregierung wird nach Abschluss der UNFCCC-Regeln zu Artikel 6.4 für das Segment der Contribution Claims⁵ entscheiden, ob und in welcher Weise international transferierbare und handelbare Zertifikate außerhalb der verschiedenen Compliance-Märkte zur Mobilisierung von Privatkapital ergänzend zur Finanzierung durch IKI-Mittel genutzt werden können.

Klimaschutzprojekte im Bereich technischer und natürlicher Kohlenstoffsenken: Da die Regeln für Minderungsgutschriften aus technischen und natürlichen Kohlenstoffsenken unter Art. 6 des Paris Abkommens noch nicht final entwickelt und verabschiedet worden sind, können in diesem Bereich/diesen Sektoren zum aktuellen Zeitpunkt mit IKI-Mitteln nur die Methodologieentwicklung, insbesondere im Bereich MRV sowie Benefit-Sharing Konzepte durch die IKI finanziert werden. Sobald es hierzu im Rahmen der internationalen Verhandlungen neue Entwicklungen gibt, die es ermöglichen die Förderfähigkeit von Projekten aus dem Bereich technischer und natürlicher

⁴ Im Englischen wird von Carbon removal and/or reduction certificates/credits gesprochen. Im Deutschen werden die Begriffe Minderungszertifikate, Minderungsgutschriften, Emissionsminderungszertifikate oft synonym verwendet. Zertifiziert wird hier eine Emissionsminderung (Umgerechnet in die Einheit CO2 äquivalent), die entweder durch eine zusätzliche Minderung oder Einbindung von Treibhausgasen (verglichen mit der Baseline) entsteht. Nicht verwechselt werden sollten diese Zertifikate mit Emissionsberechtigungen, welche in einem Emissionshandelssystem gehandelt werden und einem „Cap“ unterliegen. Um Verwirrungen zu vermeiden, benutzen wir hier daher den Begriff (Emissions-)Minderungsgutschriften.

⁵ Bei den Artikel 6.4 Zertifikaten, die eine Contribution zur Zielerfüllung des Gastgeberlandes (host country) darstellen und auch als „mitigation contributions“ bezeichnet werden, handelt es sich um Zertifikate, die das Gastland nicht zur Zielerfüllung freigibt. Diese Zertifikate sind für die Zielerfüllung von NDCs, CORSIA und anderen Kompensationsleistungen, insbesondere als Beitrag zur Klimaneutralität, nicht zulässig. Diese Zertifikate können aber grundsätzlich anderen Unternehmenszwecken dienen, die nicht mit der Anrechnung im Gastgeberland in Konflikt geraten und zu einer Doppelzählung von Zertifikaten führen würden. Eine nähere Ausgestaltung der grundsätzlich denkbaren Nutzungsoption soll nach Abschluss der UNFCCC-Verhandlungen zu Artikel 6.4 ÜvP sowie technischen Arbeiten des Supervisory Body des Artikel 6.4 vorgenommen werden.

Kohlenstoffsenken analog zu anderen Projekten zu bewerten, wird ein Hinweis auf der IKI-Webseite veröffentlicht. Für die Finanzierung von Klimaschutzprojekten im Bereich Landwirtschaft, Wald oder Landnutzung gilt es zudem die Nachhaltigkeits- inkl. Soziale-(Benefit-Sharing)-Anforderungen der IKI und der einschlägigen internationalen Standards zu erfüllen.